
Radspur in der Kantstraße soll dauerhaft bleiben. Noch immer ist der Pop-up-Radweg in der Kantstraße nicht fertig, derzeit reicht er gen Osten bis zur Fasanenstraße und fehlt in Richtung Westen ganz. Eigentlich hätte die Gültigkeit der wegen der Coronakrise angelegten Radspur schon am 31. Mai geendet. Doch am Freitag gab die Senatsverkehrsverwaltung bekannt, dass sie ihre „Anordnung für temporäre Radfahrstreifen“ in Berlin bis Ende des Jahres verlängert. Laut Sprecher **Jan Thomsen** ist sogar im Gespräch, die Radspuren auf Dauer zu erhalten.

Die Berliner Verkehrsbetriebe sind wenig begeistert über das Projekt in der Kantstraße. „Die BVG überlegt intern, die Kantstraße aus ihrem Busnetz herauszunehmen“, sagte Ordnungsstadtrat **Arne Herz** (CDU) am Donnerstag in der Bezirksverordnetenversammlung. Das bestritt BVG-Sprecherin **Petra Nelken** jedoch später auf Nachfrage. Richtig sei, dass „wir die Verkehrsführung kritisch sehen“. Zu „Stoßzeiten“ stünden Busse minutenlang im Stau. Eine endgültige Bewertung der Situation sei erst später möglich, wenn der Verkehr wieder sein „normales Niveau“ erreiche. Vielleicht seien Änderungen am Radweg nötig. Nelken betont aber: „Wir werden den Busverkehr nicht einstellen.“

Entlang der bisherigen Teile der Radspur ist nur noch ein Fahrstreifen für den motorisierten Verkehr übrig. Deshalb sei es auch schwierig, falsch geparkte Autos vom Radweg zu entfernen, sagte Stadtrat Herz. Der Einsatz von Abschleppwagen blockiere die benachbarte Fahrbahn in der jeweiligen Richtung. Gleichwohl habe das Ordnungsamt seit Mittwoch fünf Wagen umsetzen lassen.

„**Erhebliche Fehler**“ des Bezirksamts bei der Radwegplanung räumte Bau- und Verkehrsstadtrat **Oliver Schruoffeneger** (Grüne) ein. Dazu habe vor allem der Zeitdruck geführt. Am 13. April habe die Senatsverkehrsverwaltung, die für die amtliche Anordnung zuständig ist, den Bezirk zu einer Stellungnahme bis zum 17. April aufgefordert. „Normal sind vier Wochen.“ Eine „Detailprüfung“ und die Ausschreibung der Markierungsarbeiten seien unmöglich gewesen. „Wir mussten eine Firma nehmen, mit der wir bereits einen Rahmenvertrag haben.“ Dieser Betrieb arbeite normalerweise gut, markiere aber sonst nur einzelne Parkplätze und Baustellen.

Unterschätzt hatte die Bezirksverwaltung auch die Probleme mit Autos, die auf der Radspur stehen. Dabei handelte es sich nur zum Teil um Falschparker. Denn Fahrbahnmarkierungen alleine reichen nach der Straßenverkehrsverordnung nicht aus. Teilweise standen sie außerdem im Widerspruch zu Parkplatzschildern, die inzwischen entfernt oder abgedeckt wurden. Erst seit Mittwoch gibt es neue Schilder für den Radweg, die laut Schruoffeneger erst am Freitag der vorigen Woche geliefert worden waren.

Es mangelt auch noch an rot-weißen Baken, um die Radspur abzugrenzen. Nötig seien 400 Stück, sagte der Stadtrat. Aus dem Landeseigentum „haben wir nur 50 aufgetrieben“. Jetzt habe der Bezirk weitere Baken gemietet, auf die man aber noch warte. Die Gesamtkosten der Radspur schätzt der Stadtrat auf mehr als 200.000 Euro.

Nahe dem Savignyplatz war am Donnerstag ein Polizist an dem umgewandelten Parkstreifen, auf dem weiterhin Pkw standen, im Einsatz. Er verhängte noch keine Bußgelder, sondern wolle die Autobesitzer zunächst nur aufklären und ermahnen, sagte uns der Beamte, der selbst per Fahrrad unterwegs war.

Die bezirkliche FDP-Fraktion bezweifelt die Rechtmäßigkeit der Radspur und droht mit einer Klage. Die amtliche Begründung für Pop-up-Radwege beruht auf der Coronakrise. Weil Fahrgäste in Bussen und Bahnen die Abstandsregeln nicht immer einhalten können, wird der Radverkehr gefördert.

In der BVV ging es auch um einen Umbau der Kantstraße. Die FDP hatte zahlreiche Maßnahmen [beantragt](#), mit denen die rot-rot-grüne Mehrheit teilweise jedoch nicht einverstanden war. So kam es zu einem Beschluss, zwar einstimmig gefasst wurde, aber mit dem Ursprungsantrag fast nichts mehr zu tun hat. Das Bezirksamt wird lediglich in allgemeiner Form aufgefordert, die Straße gemeinsam mit der Senatsverkehrsverwaltung „baulich weiterzuentwickeln“, um die Verkehrsbelastung zu reduzieren und die Sicherheit zu erhöhen.